

Danziger Zeitung.



No 8314.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 S., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Retzner und Rud. Moos; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hosenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daude u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüller; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buch.

1874.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 15. Jan. Die Fregatte „Numancia“ und die Galeerenräflinge, welche auf derselben aus Cartagena entflohen sind, sollen, dem Vernehmen nach, heute an die spanischen Behörden ausgeliefert werden. Die übrigen Flüchtlinge sollen in Algerien interniert werden.

Madrid, 15. Jan. Aus Barcelona wird gemeldet: Die Barricaden in der Vorstadt Gracia waren von den Aufständischen in der Nacht verlassen und sodann beseitigt worden. Die Franc-tireurs des Oberst Martí hatten ihre Waffen abgegeben. Die föderalistischen Führer Matarría und Sabadell hatten gleichfalls Kanonen und Gewehre abgeliefert und fanden die föderalistische Bewegung überhaupt als beseitigt betrachtet werden.

Oran, 14. Jan. Die der spanischen Regierung gehörigen Kriegsschiffe „Carmen“ und „Vittoria“ sind unter dem Befehle des Admirals Chicarro hier angelommen. Chicarro und der hiesige spanische Consul haben Namens der spanischen Regierung betreffs der aus Cartagena geflüchteten und betreffs der Fregatte „Numancia“ Reklamationen erhoben.

Danzig, den 16. Januar.

Von mancher Seite will man für den Ausfall der Wahlen, der uns weder so überraschend, noch so schreckenregend vorkommt, wie einem großen Theile der Presse, das Wahlgesetz verantwortlich machen. Schon heißt es, das Wahlsystem müsse reformirt werden, weil es den niedekn, dem Socialismus und den Einflüssen der Curie anhangenden Volksklassen zu viel politischen Einfluss gewähre; es werden Stimmen laut, welche eine Abschaffung des allgemeinen gleichen Wahlrechts als die Absicht des Kanzlers bezeichnen. Über den meritorischen Werth unsers Reichstags-Wahlsystems kann man sehr verschiedener Meinung sein, das Recht dem Volke aber heute zu nehmen, wäre sehr bedenklich. Man würde damit eine Action, die heute friedlich am Wahltag vollzogen wird, auf ein anderes, weit gefährlicheres Terrain hinweisen, Parteien stärken, die man der Macht beraubt will. Einmal führt dies, die reichste Majoornitärat und zu mehren, ist das Einfügen einer ehrlich freimütigen, volkstümlichen Politik, welche liberale Concessionen nicht nur im Wege des Martens und Hanbelns gewährt, sondern aus freier Überzeugung mit voller freudiger Hand. Im Interesse des Reichs und seiner Macht muss man eine rückhaltlose liberale Politik auf's dringendste befürworten. Zu spät ist es dazu heute wohl noch nicht, gewiss aber die höchste Zeit.

Vielleicht liegt ein Eingehen auf die Wünsche und Forderungen des Volks, denen man bisher ein starres „non possumus“ entgegenstellt, in Anderungen, welche die „Pos. Btg.“ über das Heeres-Organisations-Gesetz mittheilt. Darnach würde dasselbe eine Fassung erhalten, welche die jährliche budgetmäßige Feststellung der Durchschnittspräsenzstärke auf Grund einer fürzener als drei-jährigen Friedens-Dienstzeit der Infanterie etc. ermöglicht. Denn schon jetzt werden zwei Drittel der Mannschaft mit Ablauf des zweiten Dienstjahrs zur Disposition beurlaubt. Zugleich findet die Einstellung der ausgedienten oder beurlaubten Mannschaften aber erst Mitte November statt, so dass also die Gesamtdienstzeit von zwei Dritteln der Infanterie und Fuß-Artillerie sich tatsächlich nur noch zu 22 bis 22½ Monat ausweist, und dass sich demnach die seitens der Volksvertretung während der Konflictszeit so beharrlich beanspruchte zweijährige active Dienstzeit bereits überholt findet. Ob das jetzige Verfahren für die Dauer festgehalten werden wird, das dürfte wahrscheinlich davon abhängig angesehen werden können, ob Frankreich sich in der Lage finden wird, bei der durch das neue französische Wehrgefecht normirten stärkeren Jahresaushebung zu verharren.

Denn auf Frankreich's Kriegslust müssen wir immer gefasst sein. In diesen letzten Tagen der Kriege lag dort der Krieg wieder in der Luft, Verlegenheit droht. Man weiß dort, wir bestehen einen schweren Kampf gegen päpstliche Herrscher, gelöst in weltlichen Dingen. Der Staat braucht alle seine Kräfte, um sich der staatsausländenden Tendenzen zu erwehren, die unter dem Deckmantel der Religion den irreligiösen Zweck verfolgen, Millionen gottesfürchtiger Staatsbürger um des Gewissens willen in ihrer Treue gegen König und Vaterland wanwend zu machen und für den Papst als das Haupt einer univerellen Theorie Truppen zu werben gegen die nationale Staatsgewalt. Das weiß Frankreich und verbündet sich deshalb eng mit dem Papste, unterstützt alle seine Ansprüche, überwirkt sich selbst mit dem ihm so abhänglichen Italien, um die ganze infallible Welt gegen Deutschland in den Kampf zu führen. Seine Einflüsse unterstützen in Bayern die Ultramontanen mit Erfolg bei den Wahlen, keinen bessern Freund finden die Franzosen im deutschen Reiche als jene Clerikalen, die durch die letzten Wahlen so mächtig sich darstellen. Die Besorgnisse wegen plötzlicher Gefährdung des Friedens, die jetzt in Italien nach werben, sind vorläufig noch unbegründete, man darf die fest zum Untergange des deutschen Reichs verbündeten Feinde indessen nicht gering schätzen, muss sich vorbereiten für den unvermeidlichen Kampf, der nicht immer nur in

Bullen, Kammerreden und Wahlzetteln geführt werden dürfte.

In Versailles gilt jetzt die Annahme des Mairesgesetzes für unzweifelhaft, eben so die Wahlordnung mit dem Alter von 25, dem Domicil von 3 Jahren. Die Legitimisten erwarten als Gegenabgabe für ihre Unterstüzung die Beseitigung des Wortes „Republik“ aus der Verfassung. „Wenn man“ meint die „Gazette de France“, „diesen Titel, der so lange Unfrieden stiftet, als er besteht, beseitigte, so wären die Anhänger von Thiers genötigt, die Masken abzulegen und entweder zu den Radikalen überzugehen oder mit den Monarchisten gegen diese zu kämpfen.“ Aber was dann? Will man Mac Mahon wirklich zum Reichsverweser machen und damit offiziell andeuten, dass die Monarchie nur den rechten Moment abwartet, um mit dem Könige hervorzutreten?

Aus Spanien erfährt man, dass Mortones sein Hauptquartier an der Küste östlich von Santona aufgeschlagen habe. Wahrscheinlich will er eine größere entscheidende Action so lange vermeiden, bis die von Cartagena anlangenden Truppen ihm die Macht geben, die bourbonischen Auführer niederzuschlagen. Deshalb hört man augenblicklich nur von kleinen unwesentlichen Schermitschen.

Der Kaiser von Russland verkündet so eben die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und verheißt zugleich Fortsetzung seiner friedlichen Politik. Was unser Westen betrifft, so enthält dieses Wort eine Wahrheit, denn friedlicher, interessloser ist Europa gegenüber kaum eine Epoche der russischen Politik gewesen, als die der Regierung Alexander's. Aber in Asien kann von einer Fortsetzung der friedlichen Politik Russland's wohl nicht die Rede sein und das neue Wehrsystem gibt dem Riesenstaat die Mittel, seine Aggressiv-Actionen dort noch leichter fortzuführen.

Deutschland.

△ Berlin, 15. Jan. Von den für den Landtag bestimmten Vorlagen des Cultusministers ist jetzt auch der grösste Entwurf, welcher die Verwaltung erledigter bischöflicher Diözesen betrifft, so weit fertig gestellt, um dem Könige zur Billigung unterbreitet zu werden. Er erwarten sind dann außerdem der Entwurf einer Declaration der jetzt streitig gewesenen Bestimmungen des Mai-gezege und ein Entwurf über die Verhältnisse der Mennoniten. Der Umfang der Maßnahmen, welche der Staat gegenüber dem Widerstande der Bischöfe für erforderlich hält, ist durch das eben erwähnte Gesetz noch nicht erschöpft; weitere allerdings beabsichtigte Schritte können nur auf dem Gebiete der Reichsgefege gebraucht werden. Es steht eine bezügliche Vorlage an den Reichstag allerdings zu erwarten, doch sind die Vorarbeiten dazu noch nicht abgeschlossen. — Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Antrages auf Heranziehung der Actiengesellschaften zu den Communalsteuern hat bereits ihre Arbeiten begonnen. Der Regierungs-commissar verhielt sich schweigend. Es heißt, der Minister des Innern sei dem Antrage günstig gestimmt, dagegen ist nicht bekannt, welche Stellung der Finanzminister zu dem Antrage einnimmt.

— Der dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die evangelische Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung vom 10. September 1873 für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Westfalen, Schlesien und Sachsen lautet: Art. 1. Die Vertretung der evangelischen Kirchengemeinden, sowie die Verwaltung des Kirchenvermögens geht vom 1. April 1874 ab nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen auf die in der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 bestimmten Organe über.

Art. 2. Der Gemeinde-Kirchenrat übt die ihm in der Gemeindeordnung zugewiesenen Rechte in Betreff 1) der Verfügung über die Kirchengebäude, 2) der Vertretung der Gemeinde-Interessen in Bezug auf die Schule, 3) der Vertretung der Gemeinde in vermögensrechtlicher Beziehung und bei Verwaltung des Kirchenvermögens, einschließlich des Vermögens der kirchlichen Lokalstiftungen, sowie des Pfarr- und Pfarrwittenthumsvermögens. 4) der Vertretung der Gemeinde bei Parochial-Veränderungen. Art. 3. Die Rechtsverhältnisse des Patrons in Betreff der Vermögensverwaltung werden durch § 23 bestimmt. Wenn jedoch ein Patron, welcher für die Kirchenklasse im Fall ihrer Unzulänglichkeit ganz oder theilweise einzutreten hat, zu Ausgaben aus dieser Kasse, für welche sie bisher nicht bestimmt gewesen ist, seine Zustimmung verweigert, so darf die Einwilligung nicht durch die vorgesetzte Aufsichtsbehörde ergänzt werden. Art. 4. Die Gemeindevorstellung übt die ihr in dem § 31 zugewiesenen Rechte. Die zur Ausübung derselben erforderlichen Beschlüsse werden nach §§ 29 und 30 gefasst. Beschlüsse über Umlagen auf die Gemeindeglieder können im Wege der Staatsverwaltung erst dann vollstreckt werden, wenn sie von der Staatsbehörde für vollstreckbar erklärt worden sind. Diese Erklärung ist insbesondere zu versagen, sofern Bedenken hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit der Auferlegung, der Angemessenheit des Beitragssatzes oder der Leistungsfähigkeit der Pflichtigen bestehen. Art. 5. Die Rechte, welche nach dem Art. 2-4 dem Gemeinde-Kirchenrat und der Gemeindevertretung in einzelnen Gemeinden zustehen, werden in den Fällen der §§ 2, Absatz 2 und 3 der Gemeinde-Ordnung den

vereinigten Gemeinde-Kirchenräthen und Gemeindevertretungen für die gemeinsamen Angelegenheiten beigelegt. Art. 6. Die Kreis- und Provinzialsynoden und deren Vorstände üben die ihnen in dem § 53 No. 5, 6, 7, 8, dem § 55 No. 6 und dem § 65 No. 5 und 6 zugewiesenen Rechte. Zur Feststellung statutarischer Ordnungen, welche die Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung ergänzen oder modifizieren (§ 46, § 53 No. 8, § 65 No. 5) bedarf es der vorgängigen Anerkennung seitens der Staatsbehörde, dass die entworfene Bestimmung den in Art. 1-6 staatsgesetzlich genehmigten Vor-schriften nicht widersetzt sei. Wegen der übrigen, den Kreis- und Provinzialsynoden und deren Vorständen zugewiesenen Rechte bleibt die staatsgesetzliche Regelung, soweit es deren bedarf, bis zum Abschluss der General-Synodal-Ordnung vorbehalten. Art. 7. Auf die Beschlüsse der Kreis- und Provinzialsynoden über Vertheilung der für die Kreis-Synodalosten erforderlichen Beiträge der Kirchenkassen und Gemeinden findet der letzte Absatz des Art. 4 gleichfalls Anwendung. Art. 8. Die Bestimmungen der §§ 71-74 über die Kosten für die Bildung und Wirksamkeit der Gemeinde-Kirchenräthe und Gemeindevertretungen sowie für die Kreissynoden kommen vom 1. April 1874 zur Anwendung. Die Entscheidung über Aufbringung der Kosten für die Provinzialsynoden bleibt den künftigen Gefege vorbehalten. Art. 9. Alle diesen Gesetzen und dem ersten Abschnitt der Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung entgegensehenden Bestimmungen, mögen dieselben in den Allgemeinen Landrecht, in Provinzialgesetzen oder in Lokalgesetzen und Lokalordnungen enthalten oder durch Observanz oder Gewohnheit begründet sein, treten mit dem 1. April 1874 außer Kraft.

— Der Kronprinz und die Kronprinzessin werden, soweit bis jetzt bestimmt, am nächsten Sonntag Mittag halb 1 Uhr von hier per Extrazug nach Petersburg abreisen, in Königsberg übernachten und am Montag Vormittag nach Cyd-fuhnen weiterreisen, woselbst die Ankunft etwa um 2 Uhr Nachmittags erfolgen dürfte. Von hier aus wird in einem bereitstehenden russischen Extrazug ohne weitere Aufenthalt die Fahrt nach Petersburg fortgesetzt.

— Der Marine-Intendant, Geheimer Admiraliats-Rath Wandel, ist zum vortragenden Rathe in der Admiraltät ernannt.

— Wie die „Boss. Btg.“ von zuverlässiger Seite erfährt, hält der Cultusminister auf Grund von gutachtl. Neuersungen der Bezirksregierungen, die derselbe vor einiger Zeit eingefordert hatte, im Wege der Gesetzgebung eine Gesetz noch nicht erschöpft; weitere allerdings beabsichtigte Schritte können nur auf dem Gebiete der Reichsgefege unternommen werden. Es steht eine bezügliche Vorlage an den Reichstag allerdings zu erwarten, doch sind die Vorarbeiten dazu noch nicht abgeschlossen. — Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Antrages auf Heranziehung der Actiengesellschaften zu den Communalsteuern hat bereits ihre Arbeiten begonnen. Der Regierungs-commissar verhielt sich schweigend. Es heißt, der Minister des Innern sei dem Antrage günstig gestimmt, dagegen ist nicht bekannt, welche Stellung der Finanzminister zu dem Antrage einnimmt.

— Der diesseitige Gesandte in Madrid ist, wie man der „Schl. Pr.“ meldet, ermächtigt, den offiziösen Verkehr mit der jetzigen spanischen Regierung fortzusetzen; die formelle Anerkennung derselben bleibt vorbehalten.

* Die Rheinprovinz ist diesmal bei den Reichstagswahlen fast ganz den Ultramontanen anheimgefallen. Nur in dem zum gröheren Theile protestantischen Wahlkreis Weslar-Altenkirchen wurde ein Liberaler gewählt, in Saarbrücken kam ein Liberaler auf die engere Wahl mit einem Ultramontanen und in Elberfeld-Barmen ein Liberaler mit einem Socialdemokraten.

Breslau, 15. Jan. In dem fürstbischöflichen Palais ist heute, wie die „Br. Btg.“ meldet, die Aufnahme eines Inventars vorgenommen worden, nachdem der Fürstbischof die Bezahlung der gegen ihn erkannten Geldstrafen verweigert hat.

Darmstadt, 13. Januar. Das Kreisamt gab dem Bürgermeister der Niedenzen Kenntnis vor der Anerkennung des Bischofs Reinkens, unter Erklärung der rechtlichen Folgen dieser Anerkennung.

Kassel. Nachdem bereits vor etwa acht Wochen dreizehn der renitenten Pastoren Niedersachsen's durch Beschluss des Gesamt-Konsistoriums abgeföhrt worden sind, hat die Behörde nunmehr gegen etwa die Hälfte der übrigen Protestant-pfarrer die Amtssuspension ausgesprochen und das strafgerichtliche Untersuchungsverfahren durch die zuständigen Amtsgerichte einleiten lassen. Da sich in letzter Zeit eine nicht unbedeutliche Anzahl Pfarr- und Pfarrwittenthumsvermögens ablaufen der Christen an, sofern sie nicht abgelehnt werden, so darf die Behörde die Strafe nicht unbedingt verhängen. — Die Behörde hat die Amtssuspension aufgehoben, sofern die Pfarrer die Strafe nicht abgelehnt werden.

München. Die „Allg. Btg.“ meldet, dass der König seit dem 3. Januar an einer heftigen Entzündung der Zahnläsionen leidet und in Hohenschwangau das Zimmer nicht verlassen kann.

Frankreich.

Paris, 14. Jan. Die Nationalversammlung beschloss in der heutigen Sitzung in die Discussion der einzelnen Artikel des Maires-Gesetzes einzutreten. Ein bei der Beratung des ersten Artikels von der Linken eingebrachtes Amendingen, welche die Abänderungen der gegenwärtig geltenden geheimen Bestimmungen vorzunehmen, wurde in geheimer Abstimmung mit 356 gegen 292 Stimmen abgelehnt.

— Am 16. März d. J. erreicht der erklärende Prinz das Alter von achtzehn Jahren und mithin nach der Verfassung des Kaiserreichs

seine Großjährigkeit. Die Bonapartisten gedenken an diesem Tage wieder in Masse nach Chiselhurst zu pilgern.

— Die Budget-Commission versammelte sich heute Morgen, um über die Amendements zu den neuen Steuern zu berathen. Nach einer lebhaften Discussion nahm sie mit 13 gegen 7 Stimmen das Amendingen an, welches die Abgabe auf die Erbschaft in direkter Linie um $\frac{1}{2}\%$ vermehrt. Sie wird die Berathung über die neuen Steuern morgen fortsetzen. Die Eisenbahngesellschaften, welche ebenfalls mit neuen Abgaben belastet werden sollen, veröffentlichten in den Journalen die Summe, welche gegenwärtig der Staat von ihnen bezieht. Dieselbe beträgt im Ganzen 106.825.470 Fr., nämlich u. A. 61.294.813 Fr. für die Steuer auf die Reisenden und das Gültig; 8.326.000 für Übertragung der Aktien und Obligationen; 14.930.000 Franks für den Stempel der Quittungen und Frachtbriebe.

— Die Carlisten werden jetzt mit gröherer Strenge von Seiten der französischen Behörden überwacht. Es sind Maßregeln getroffen worden, um den Carlisten das Beziehen von Proviant und Munition aus Frankreich möglichst zu erschweren. Auch ist keine Rede mehr von der Anerkennung der Carlisten als Kriegsführende. Dagegen scheint die französische Regierung gar nicht abgeneigt, mit der Regierung des Marqualls Serrano in offielle Beziehungen zu treten.

— Die Wittwe Louis Napoleon's hat an den Bischof von Troyes, der die Abhaltung von Trauerveranstaltungen für den Ex-Kaiser in den Kirchen seiner Diözese untersagt hatte, ein Schreiben gerichtet, welches durch die Denunciation Eugenie's gegen den Bischof, der, nachdem er den Mann vom zweiten Dezember durch zwanzig Jahre unterstützte hatte, nun, da er tot ist, sich weigert, für ihn zu beten, im Clerus peinliches Aufsehen erregt. Mac Mahon hat in einer Zusammenkunft mit Rouher seinem Bedauern Ausdruck gegeben, dass dieses Schreiben veröffentlicht wurde.

— Der Minister Decazes hat es für nöthig gehalten, den Abgeordneten vor der Sitzung zu erklären, dass die Gerüchte von einem bevorstehenden Kriege mit Italien ganz unbegründet sind. Der Broglie'sche „Français“ widerlegt diese Gerüchte ebenfalls und fügt hinzu, die auswärtige Politik der Regierung sei eine durchaus friedliche. Die Regierung habe den Frieden selbst dringend nöthig. — Laut „Evenement“ soll der Ministerrath gestern beschlossen haben, nach Ankunft des neuen Gesandten Noailles in Rom den Drenoque zurückzuberufen.

Spanien.

Madrid, 12. Januar. Eine Deputation von Cartagena stellte sich Lopez Dominguez vor und verlangte Suspension der Feindseligkeiten und Ernennung einer Commission, welche über die Bedingungen der Übergabe unterhandeln sollte. Dominguez wies das Gesuch ab und gab der Stadt bis Mittag Frist zur Übergabe auf Guade und Lingua, indem er Allen Verzeihung anbot, welche mit ihren Waffen vor Ablauf der Frist vor ihm erschienen. Ausgenommen nur sollen die Mitglieder der fröhlichen oder gegenwärtigen Junta sein. — Galvez versuchte mit 200 Mann das Fort Atalaya zu nehmen, wurde jedoch mit Verlust zurückgeschlagen. — Der Königs-mörder Manuel Pastor, welcher im Jahre 1872 auf den König Alfonso in der Calle Arenal feuerte und vor drei Tagen zum Tode verurtheilt wurde, entwich in der vorigen Nacht aus dem Saladero-Gefängnis.

Cartagena, 13. Jan. Die Übergabe des Platzes erfolgte ohne jedes Blutvergießen; auch hat die Stadt nicht viel gelitten. Der Insurgentendampfer „Darro“, auf welchem sich zahlreiche Flüchtlinge befanden, ist als er den Hafen der Stadt verließ, von spanischen Kriegsschiffen gesunken worden. (W. T.)

Italien.

Nom, 14. Januar. Antonelli ist nach einem Tel. d. N. fr. Pr. in Lebensgefahr und hat bereits die Sterbesacramente empfangen. — Die Agenzia Stefani erlässt diese Nachricht jedoch für unrichtig. Das Leiden des Cardinals sei nicht neu, aber nicht lebensgefährlich.

Turin, 13. Januar. Der Zustand der schwerkranken Herzogin von Aosta (der Gattin des früheren Königs von Spanien, Alfonso) soll ein hoffnungsloses Ende nehmen; dieelbe befindet sich im letzten Stadium der Schwindsucht.

— Das herrische Auftreten des neuwählten Cardinal ernannten Jesuitenpaters Tarquinii erregt in der Umgebung des Papstes allgemeine Unzufriedenheit. Die Jesuiten-Eminenz geriert sich als der Patron des gesamten Vaticans. Bisher glaubte man, den Cardinal Patrizi als den Weitvater Sr. Heiligkeit betrachten zu dürfen, jetzt aber sieht man ein, dass Tarquinii die intimsten Geheimnisse des Papstes kennt und seinen Willen leitet. Der verhängnisvolle, weitreichende Einfluss, den die Jesuiten auf Pius IX. ausüben, ist in seiner Person verfügt und konzentriert worden.

— Das „Popolo di Torino“ überrascht seine Leser mit der fast unglaublichen Nachricht, dass man im Vatican mit der Absicht umgehe, den hingerichteten König Ludwig XVI. von Frankreich als Märtyrer für die Sache der Religion unter die Heiligen aufzunehmen.

Österland.

St. Petersburg, 7. Jan. Zu zwei Versammlungen der hier lebenden Österreicher und Ungarn, die am Sonnabend im österreichischen Consulat, und der Deutschen, die am Sonntag im Hotel Demuth sich zusammengefunden hatten, ist, wie erwartet und beabsichtigt wurde, beschlossen worden, dem Kaiser von Österreich resp. dem deutschen Kronprinzen während ihres Hierseins Adressen zu überreichen. Die Versammlung im Hotel Demuth war leider nicht so besucht, wie man es gewünscht hätte, zum Theil aus einem gewissen Misstrauen gegen die Wortsührer des einladenden Comités, welche bereits im Frühjahr bei der Anwesenheit des deutschen Kaisers an der Spitze der Abreßbewegung gestanden hatten, indem diese bei jener Gelegenheit manchen Anstoß erregt hatten. Namentlich hatte es peinlich berührt, daß sich die Herren auf der Adresse hatten porträtiiren lassen und noch übler war die Thatsache aufgenommen worden, daß man die kaiserliche Antwort gerade in den wichtigsten Punkten einer Censur unterworfen und solche in dieser verkümmerten Gestalt veröffentlicht hatte.

Petersburg, 14. Januar. Heute ist ein kaiserliches Manifest über die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht veröffentlicht worden, in welchem sich der Kaiser an die Hingabe der Nation wendet, um diese Reform ins Leben treten zu lassen und verheisst, daß er seine friedliche Politik fortführen werde. (W. T.)

Warschau, 13. Jan. Zum ersten Male seit
länger als 10 Jahren ist im Königreich Polen un-
längst wieder ein Hirtenbrief von einem katholi-
schen Bischof an die ihm untergegebene Geistlich-
keit erlassen worden. Der Hirtenbrief, dessen Ver-
fasser der Bischof Baranowski in Lublin ist, un-
scheidet sich durch Form und Inhalt sehr vortheil-
haft von derartigen bischöflichen Kundgebungen an-
anderer Länder, was wohl hauptsächlich der russischen
Censur zuzuschreiben ist. Der Verfasser nennt sich
nicht „Bischof durch Gottes Barmherzigkeit und des
heiligen apostolischen Stuhles Gnade“, sondern
„Bischof durch den Willen des heiligen Vaters
Papst Pius IX. und Sr. Majestät des Kaisers
und Königs Alexander II.“ Von einer Polemik
gegen den Staat oder von einem Gegensatz zwischen
Staat und Kirche findet sich darin nicht die leiseste
Andeutung. Im Gegentheil wird mit Dank gegen-
den Kaiser auerlaunt, daß er die Geistlichkeit durch
Einziehung der Pfarrländerien und ihre Stellung
auf fixirte Gehälter von der ihrem geistlichen Be-
rufe wenig angemessenen Landwirtschaft befreit
und den Bauernstand durch Emancipierung vom
Abel und Eigenthumsverleihung in einer Weise
beglückt hat, wie nie zuvor. Im weiteren Verfolg
des Hirtenbriefes werden der Geistlichkeit alle
wahrhaft geistlichen Tugenden dringend empfohlen.

Asien

Ueber die Aussichten von Bengalen wird der „Times“ vom 11. Januar aus Calcutta telegraphirt: Regen ist dringend in Behar und Benares nöthig. Die Noth ist groß. — Das Steueramt von Süd-Mircapore erklärt, daß dringende Noth nicht allgemein befürchtet wird, dagegen theilweise Leiden unvermeidlich sind. Die Saaten blühen vorzeitig. — Im Pendjab sind Aussichten gut. Dunde braucht mehr Regen. — Sir George Campbell ist eifrig mit der Berechnung der noch nöthigen Importe für Bengalen beschäftigt. Einige Districte von Bardwan, Heighly, Nuddea und Santhalia leiden bereits. Export über See lebhaft.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung am 15. Januar.
Dritte Berathung des Gesetzentwurfs über die
Beurkundung des Personenstandes und die
Form der Eheschließung. Allgemeine Discussion.
— Abg. v. Schorlemer-Alst: Wenn die Dampf-
maschine unserer Gesetzgebung mit so viel Atmosphären-
druck arbeitet, so ist die Furcht einer Kesselerlosion
wohl berechtigt. Natürlich bleiben die Lücken dabei
nicht aus. Wenn ein Bräutigam seiner Braut ver-
sprochen hat, der Civiltrauung die kirchliche folgen zu
lassen, und dies Versprechen nicht hält, so ist es sehr
traurig, daß die Braut wider ihre Ueberzeugung, zu
einem Concubinate gezwungen wird. (Heiterkeit.) Für
die obligatorische Civilehe wird grobes Geschütz auf-
gesfahren, die Noth der Protestatholiken und die Auf-
lehning der Bischöfe. Wenn es heißt, daß man die
Altatholiken nicht zwingen wolle, gegen ihre Ueber-
zeugung aus der katholischen Kirche austreten
zu müssen, weil sie eine kirchliche Einlegung
der Ehe nicht erlangen können, so weiß jeder
Katholik, daß ein Altatholik schon an und für
sich aus der katholischen Kirche ausgeschieden ist.
(Stimmen rechts: Unwahr!) Den zweiten Punkt, die
Ausehnung der Bischöfe, hat der Ministerpräsident
besonders illustriert in seiner Rede gegen den Abg. v.
Gerlach, von der ich dahin gesetzt sein lasse, ob sie ge-
schmacvoll war. (Widerspruch links.) Sie auf den
Linentinden freilich Alles geschmacvoll, was Fürst
Bismarck sagt. (Heiterkeit.) Den Bischöfen hat er
den Vorwurf gemacht, ihr Verhalten wäre revolutionär,
und zwar mit der angeblich milderen Declaration, die
jedoch in Wahrheit den Auspruch verschärfte, daß sie
die Revolution wissenschaftlich vorbereitetten. Ueberall und
immer haben die katholischen Bischöfe von jeder gewalt-
samen Ausehnung abgemaht. (Widerspruch links.) Etwas
anderes ist es, wenn sie erklären, daß ihr Gewissen ihnen
verbiete, bei der Ausführung der Gesetze mitzuwirken. Das
ist keine Ausehnung, das ist einfache Erfüllung einer Ge-
wissenspflicht. Die alte deutsche Bundesverfassung war
unbedingt ein feierliches Gesetz, und wer hat mehr zu
ihrem Umsturze beigetragen als Fürst Bismarck? (Ruf:
Zur Sache!) Verbindet mit den Erzrevolutionären
hat er 1866 die ungarischen und dalmatinischen Re-
gimenter aufgefordert, ihren Kriegsherrn im Stiche und
die ungarische Legion unter Klapka sich bilden zu
lassen. Ein Mann, dessen Vergangenheit mit solchen
Thatsachen belastet ist, darf am allerwenigsten gegen
die Bischöfe den Vorwurf revolutionären Verhaltens
erheben. (Beifall im Centrum. Bütten links.) Ich
verzichte darauf, meinen Beweis weiter zu führen; ich
will aber noch daran erinnern, daß trotz des gesetzlichen
Verbotes des Duells der Reichstanzler den Abg.
Birchow zum Duell herausgefordert gat. In den
Motiven zu diesem Gesetz ist immer auf das Be-
dürfnis verwiesen. Wegen ein paar hundert Menschen,
die mit ihrem Glauben und Sitten zerfallen sind (leb-
gafter Widerspruch), sollen Millionen von Katholiken
und Protestanten zu einem ihnen Gewissen wider-
sprechenden Alte gezwungen werden? In den Augen des
Volkes wird die Rehabilitation dieser paar hundert
Menschen nicht erreichen, die ohne kirchliche Einlegung
geschlossene Ehe wird vom Volke immer als Concubin-
at betrachtet werden. (Widerspruch links.) Es kommt
weniger darauf an, was man von dem Werth der
kirchlichen Trauung in Bezug auf die Nupturienten
hält, ist unwichtig; aber in Bezug auf die aus der

Ehe zu erzielenden Kinder ist es ein Unterschied, ob sie unter dem Segen der Kirche oder unter dem Fluche der Sünde geboren werden. (Heiterkeit.) Die leichtere Trauung wird auch eine leichtere Trennung zum Folge haben und wir werden vielleicht zuletzt zu dem Gesetzes der freien Liebe kommen, das jetzt schon seine Anhänger hat. Gegen die großartigen Revolutionshelden Danton, Marat und Robespierre erscheinen nur unsere heutigen Kirchenstürmer wie Pygmaen, die an den Keulen der Herkules herumkrabbeln. (Große Heiterkeit.) Tacitus rühmt von unsfern Vorfahren, wie heilig ihnen die Ehe war, das war keine französische Civilehe. (Stürmische Heiterkeit.) — Abg. v. Saucken (Tarpitschen): Wenn man mit den Herren von der Centrumspartei privatim spricht, so sagen sie: Ihr glaubt damit eine große Waffe gewonnen zu haben; seht doch in der Rheinprovinz, ist da unsere Macht etwa geschwächt? Um so mehr muß man sich wundern hier im Hause immer von Entchristlichung u. s. w. sprechen zu hören. Den Altkatholiken zu helfen, ist jedenfalls nicht die Aufgabe des Gesetzes; wir wollen nur, daß die rechtlichen Nachtheile und Verwirrungen, welche aus der Ausübung der kirchlichen Funktionen durch ungefähr angestellte Geistliche entstehen, nicht in die bürgerlichen Verhältnisse hineingetragen werden sollen. Den Streit zwischen Staat und Kirche werden wir damit nicht lösen; wenn aber die Gelegenheit geboten wird, den Streit auf derjenigen Oberfläche zu halten, auf der er bleiben sollte, und Sie (im Centrum) weisen diese Gelegenheit zurück, so hat es allerdings den Anschein, als wünschten Sie den Streit in das Volk hineinzutragen. (Sehr richtig! lints.) Zu den Mängeln des Gesetzes ist die Bestimmung zu rechnen, nach welcher Geistliche angestellt werden können, daß diese Bestimmung die Reinheit des Gedankens trübt, ist vielfach hervorgehoben. Ich glaube auch, in Gegenden günstiger Bevölkerung darf man die Standesbuchführung keinem Geistlichen irgend welcher Confession übertragen, damit Niemand gezwungen wird, sich civiliter von einem Geistlichen trauen zu lassen, der nicht seiner Confession angehört. Wenn der Cultusminister erklärte, er könne das Gesetz nur dann ausführen, wenn die Anstellung von Geistlichen gestattet sei, weil es an anderen geeigneten Personen fehle, so sind doch diese Berichte nur von seinen Beamten verfaßt und er wird doch uns, die mit dem Volke in Berührung kommen, auch ein gewisses Urtheil zutrauen. Ich habe noch niemals die Behauptung gehört, daß es in den östlichen Provinzen an Personen fehle; es ist mir schon nicht klar, weshalb z. B. die Lehrer ausgeschlossen sein sollten. Wenn darunter die Feierlichkeit des Civilates leiden sollte, so würde das eigentlich ein Vortheil sein, weil die kirchlichen Trauungen um so regelmäßiger folgen würden, je nüchterner der Civilat bleibt. Also nicht mit Schonung, sondern mit der größten Schroffheit müßte bei dieser Trennung des bürgerlichen vom kirchlichen Acte vorgegangen werden. Das Ammentament, welches ich und meine Freunde gestellt haben, entspricht dem Geiste des Gesetzes und macht dasselbe reiner und klarer. Der Cultusminister wird trotz der Annahme unseres Ammentaments dieselbe Energie bei der Ausführung des Gesetzes entwickeln, wie wenn es ganz nach der Regierungsvorlage angenommen wäre, weil ihm sehr viel an dem Zustandekommen des Gesetzes liegt.

Zu § 1 (die Beurkundung der Geburten, Heirathen und Sterbefälle erfolgt anschließend durch die vom Staate bestellten Standesbeamten mittels Eintragung in die dazu bestimmten Register) constatirt Windthorst (Bielefeld), daß das Gesetz im ganzen Lande mit großer Freude begrüßt worden ist. Es wird die seit mehr als 25 Jahren erwartete Verwirklichung einer Verheisung der Verfassung und eine Errungenschaft des von Ihnen (zum Centrum) so vielfach verkannten und so hart geschmiedten Fortschritts des Geistes sein. (Bravo.) — Abg. v. Wedekl. Behlingsdorf: Ich constatire, daß diese Freude über den Gesetzentwurf in den Kreisen, in denen ich mich bewegte, eine sehr geistreiche ist. Ich kann diesem vom Hause veränderten Gesetzentwurf nicht beistimmen, weil er über das Bedürfnis hinaus geht und der Kirche die Fähigkeit nimmt, dem Staat die Dienste zu leisten, die er ihm bisher mit so gutem Erfolge geleistet hat. — § 1 wird mit großer Majorität angenommen.

Zu § 2 und 3 hat die freie Commission (Miquel u. Gen.) abweichend von den Beschlüssen der zweiten Berathung, in folgender Fassung vorgelegt:

„§ 2. Die Amtsbezirke der Standesbeamten werden dergestalt abgegrenzt, daß sie einen oder mehrere Gemeindebezirke umfassen. Größere Gemeinden können in mehrere Bezirke getheilt werden. Für jeden Standesbeamten werden ein oder mehrere Stellvertreter bestellt. Die Abgrenzung der Bezirke geschieht durch den Oberpräsidenten und zwar für den Geltungsbereich der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 auf Vorschlag des Kreisausschusses beziehungsweise in den Stadtkreisen auf Vorschlag der städtischen Behörden, für den übrigen Theil der Monarchie nach Anhörung der Gemeindebehörden. § 3. Die Bestellung der Standesbeamten, sowie deren Stellvertreter geschieht durch den Oberpräsidenten. Der denselben ertheilte Auftrag ist stets widerruflich. Das Amt eines Standesbeamten ist Gemeinde- und Bezirksbeamten zu übertragen. Die Übertragung erfolgt für den Geltungsbereich der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 auf Vorschlag des Kreisausschusses beziehungsweise in den Stadtkreisen auf Vorschlag der städtischen Behörden, für den übrigen Theil der Monarchie nach Anhörung der Gemeindebehörden. Jeder Gemeindebeamte, insbesondere jeder Gemeindevorsteher (Bürgermeister sc.) ist verpflichtet, für denjenigen Bezirk (§ 2), zu welchem der Bezirk seines Hauptamtes gehört, das Amt eines Standesbeamten oder Stellvertreters zu übernehmen. Dieselbe Verpflichtung haben die Vorsteher der aus mehreren Gemeinden eines Kreises zusammengesetzten Verwaltungsbezirke (Amtsvorsteher, Amtmänner, Hardesvoigte, Kirchspielvoigte u. s. w.) mit Ausnahme jedoch der Amtshauptleute in der Provinz Hannover und den Amtmännern im Regierungsbezirk Wiesbaden. Für Gemeindevorsteher und Vorsteher der aus mehreren Gemeinden eines Kreises zusammengesetzten Verwaltungsbezirke erlischt die Bestellung zum Standesbeamten zugleich mit dem Verlust des Gemeindeamtes. Im Falle eines besonderen Bedürfnisses darf das Amt eines Standesbeamten auch anderen als Gemeinde- und Bezirks-Beamten übertragen werden, jedoch sind zuvor in dem Geltungsbereich der Kreisordnung vom 13. December 1872 der Kreisausschuss beziehungsweise in den Stadtkreisen die städtischen Behörden, für den übrigen Theil der Monarchie die Gemeindebehörden sowohl über das Vorhandensein des besonderen Bedürfnisses wie über die für die Ernenntung in Betracht kommenden Personen zu hören.“ Für beide Paragraphen beantragt Abg. Philippi durchweg anstatt „und zwar für den Geltungsbereich der Kreisordnung vom 13. December 1872 sc.“ zu setzen: „auf Vorschlag des Kreisausschusses, oder wo ein solcher nicht besteht, nach Anhörung der Gemeinde-Behörden, beziehungsweise in den Stadtkreisen, auf Vorschlag der städtischen Behörden.“ Zum letzten Alinea 5 des § 3 beantragt v. Saucken-Tarpitschen den Zusatz: „Geistlichen und Religionsdienern darf das Amt eines Standesbeamten nicht übertragen werden“, und Windthorst (Meppen) denselben Satz, dem er jedoch für den Fall der Verwerfung den § 6 der Regierungsvorlage hinzufügen will. — Richter (Sangerhausen): Gegen die Gewohnheit, evangelische Geistliche ebenso als Clerus zu behandeln, wie die katholischen, was wiederum durch das Ammentement Windthorst (Meppen) bezweckt

wird, muß ich mich verwahren auf Grund der großen
Grundsätze der Reformation. Diesen entspricht zwar
Scheidung des geistlichen Amtes von den bürgerlichen,
nicht aber der Inhaber geistlicher Aemter von
den übrigen bürgerlichen Personen. Ich kann
aber auch dem Antrage Saucken-Tarputschens
meine Zustimmung nicht geben, durch den die evan-
gelischen Geistlichen, als wären sie ebenfalls
Erlitaler, zugleich mit den katholischen ausgeschlossen
werden sollen. — Abg. Miquel: Mit Unrecht verweist
man auf die Erfahrungen am Rhein, wo der Bürger-
meister ein befördeter und wohlgezulter Subalterner-
beamter ist, was von den Schulzen in den östlichen
Provinzen nicht gesagt werden kann. Ich erkenne an,
dass es möglichst zu vermeiden sei, Geistliche besonders
in Bezirken von konfessionell gemischter Bevölkerung
zu bestellen. Jedoch habe ich sowohl das Vertrauen,
das darin die Regierung mit der größten Sorgfalt
verfahren wird, als die Überzeugung, dass grade in
solchen Districten grade am meisten auch andere
geeignete Personen sich finden werden. — Der
Cultusminister erklärt, dass die Regierung die
Amendements der freien Commission annimmt, jedoch
den Antrag des Abg. Saucken-Tarputschens ablehnen
muss. — Abg. Windthorst (Bielefeld) betreitet den
Mangel an geeigneten Personen zur Führung des
Civilstandsregister in den östlichen Provinzen. Wird
den Geistlichen das Amt als Hauptamt gegeben, so
wird dadurch ein unerträglicher moralischer Zwang
geschaffen, dem nicht allein Leute von anderem Glaubens-
bekenntnis unterworfen sein würden, sondern ganz be-
sonders auch Leute von derselben Confession, die mit
ihrem Geistlichen nicht in gutem Einvernehmen stehen.
Im andern Falle aber würde wieder der Gedanke
des Gesetzes völlig verwischt, indem, falls der Geist-
liche das Amt als Nebenamt führt, nur die kirchlich
Gesinnten zu ihm, die andern zum weltlichen Civil-
standsbeamten gehen würden. Den Abg. Richter,
welcher Gleichberechtigung für Alle fordert, erinnere ich
an die Ausschließung der Geistlichen von der Be-
rufung als Geschworene und was dem Abgeordneten
für Meppen besonders interessant sein wird, von
der Ausübung des Wahlrechts in Amerika. —
Der Cultusminister: Die Staatsregierung ist nicht
der Meinung, dass mit der Führung der Civilstands-
register andere Personen gegen ihren Willen zu be-
trauen seien, als die Gemeinde- und Communal-
Beamten. Dass Geistliche zur Übernahme solcher
Aemter genötigt werden können, ist niemals aus-
gedrückt worden, wohl aber wird die Regierung dafür
Sorge tragen, dass, wenn sie einmal das Amt über-
nommen haben, sie auch nach allen Richtungen hin
ihren Verpflichtungen nachkommen. — Abg. Trenzel:
Mit den Geistlichen bringt man ein Element in das
Gesetz, das naturgemäß heimlich gegen das Gesetz
agittieren wird. Bisher bestand eine unheilvolle Chas-
se zwischen Staat und Kirche; das erste Gesetz, welches
dieselbe lösen soll, würde durch die Aufnahme des
Geistlichen völlig unwirksam werden. — Abg. Wind-
horst (Meppen): Nachdem zu meinem Bedauern in
§ 1 das Prinzip der obligatorischen Civilehe einmal
festgestellt ist, muss man dieses Prinzip auch
consequenter durchführen. Es wird aber verdunkelt
durch die Beibehaltung der Geistlichen. Der An-
trag Saucken bringt wenigstens Klarheit in die
Sache. Sollte derselbe aber nicht angenommen wer-
den, so würde ich Ihnen meinen Antrag empfehlen.
Derselbe will für größere Bezirke weltliche Standes-
beamte; für kleinere Unterbezirke gestattet er die Che-
schließung auch durch Geistliche. So wie die Majori-
tät es bisher wollte, ist das Gesetz völlig unpopulär,
und ich hoffe, dass sich die National-Liberalen den Hals
daran brechen werden. (Große Heiterkeit.) Wenn der
Abg. Miquel uns für die Ausführung der Gesetzes-
auf den guten Willen des Cultusministers verweist, so
erwähne ich nur, dass derselbe bei der neulichen Debatte
auf eine Apostrophe des Abg. Miquel geschwiegen hat,
und ebenso auch heute; ein solches Schweigen bedeutet,
dass man im Cultusministerium sich nicht einen Augen-
blick bedenken wird, das zu thun, was Dr. Miquel
befürchtet. (Beifall im Centrum.) — Die §§ 2 und 3
werden in der Fassung der freien Commission (Miquel
u. Gen.) mit der Abänderung Philippi's angenommen.
Der Antrag v. Saucken-Tarputschens zu § 3 wird
in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 169
St., desgleichen der Antrag Windthorst (Meppen) mit
sehr großer Majorität abgelehnt.
§ 4 wird dem Antrage des Abg. Frhr. v. d. Golt
entsprechend in folgender Fassung angenommen: "Ge-
meinde- und Bezirksbeamte, welchen das Amt des
Standesbeamten übertragen wird, sind berechtigt, von
den zu dem Bezirk dieses Amtes gehörigen Gemeinden
für ihre Mithilfehaltung eine Entschädigung zu bean-
spruchen, welche nach Anhörung der Beteiligten durch
den Kreisausschuss oder wo ein solcher nicht besteht
durch den Oberpräsidenten festgesetzt wird. Beschwer-
den über die Festsetzung der Entschädigung unterliegen
der Entscheidung des Verwaltungsgerichts, beziehungs-
weise bis zur Errichtung eines solchen des Oberprä-
sidenten. Diese Entscheidung ist endgültig. Bestell-
der Staat andere Personen als die nach § 3 zur
Übernahme des Standesamtes Verpflichteten zu
Standesbeamten, so fällt die etwa zu gewährrende
Entschädigung der Staatskasse zur Last. Die fachlichen
Kosten werden in allen Fällen von den Gemeinden
getragen, jedoch werden die Register vom Staat
kostenfrei geliefert. Die dem Standesbeamten zu ge-
währende Entschädigung, beziehungsweise der Betrag
der fachlichen Kosten sind auf die einzelnen beteiligten
Gemeinden nach dem Maßstabe der Seelenzahl zu
vertheilen." — Nächste Sitzung Freitag.

Danzig, 16. Januar.

* Die engere Wahl zum Reichstag im
Danziger Landkreise zwischen den Herren
Landschaftsdirector Albrecht-Suzemin und Pfarrer
Mühl-Döhst ist auf Montag, den 26.
d. Ms., festgesetzt. Sie findet in derselben
Weise, wie die vom 10. d. M. statt, in denselben
Wahllokalen und unter denselben Wahlvorstehern
Wahlzettel, welche nicht auf einen der bei-
den obigen Namen lauten, sind ungültig.
Die Polen und Ultramontanen werden gewiss
jetzt noch größere Anstrengungen machen, der
Sieg der Deutschen ist darum nur dann
sicher, wenn dieselben ohne Unterschied der Partei-
farbe vollzählig an der Wahlurne erscheinen und
ihre Stimmen einmütig auf Herrn Albrecht
Suzemin abgeben. Die Zeit zu den Vorbereitungen
ist nur kurz bemessen, darum muss sie gut aus-
genutzt werden. Jeder unbekünte Tag kann uns
Verluste bringen. Bei dem Ausfall der Wahlen
im ganzen Reiche ist jede Stimme im Reichstag
von der größten Wichtigkeit, und eine Schmach
wäre es für unsern Landkreis, wenn er die Schaafer
der Polen und Ultramontanen in der Reichsver-
tretung vermehren sollte.

* Die russische Regierung hat sich, wie der
„B. B.-C.“ erfahren haben will, zu einem System
wechsel im deutschen-russischen Transport
verkehr entschlossen; sie will nach derselben Quellen
Erleichterungen und Begünstigungen im Grenz-
zoll- und Eisenbahnverkehr mit Deutschland
zugestehen. Wir wollen hoffen, dass dieser Nachricht
bald die Bestätigung folgen wird.

* Die Regl. Regierung hat eine Revision
des Tarifs für Erhebung der Marktstandsgelder

Schlachtsteuer: Mahlsteuer: Zusammen:			
1864: 66,000 Rp	71,000 Rp	137,000 Rp	
1865: 69,700 =	70,600 =	140,300 =	
1866: 63,700 =	64,600 =	128,300 =	
1867: 64,100 =	59,600 =	123,700 =	
1868: 58,300 =	61,600 =	119,900 =	
1869: 57,400 =	59,400 =	116,800 =	
1870: 59,400 =	58,000 =	117,400 =	
1871: 69,900 =	60,500 =	130,400 =	
1872: 68,000 =	59,000 =	127,000 =	
1873: 63,400 =	56,800 =	120,200 =	
Summa 639,900 Rp	621,100 Rp	1,261,000 Rp	
oder durchschnittlich pro Jahr 63,990 Rp	62,110 Rp	126,100 Rp	
Die Commune erhebt an Buschlag 50% zur Mahl- und Schlachtsteuer; dieselbe bezieht außerdem $\frac{1}{3}$ des Rohertrags der Mahlsteuer. Die Einnahme der Stadt aus dieser Quelle beträgt mithin im Durchschnitt			
a. Buschlag	63,050 Rp		
b. $\frac{1}{3}$ Mahlsteuer 22,070 =			
	zusammen 85,120 Rp		
für welche vom Jahre 1875 ab Ersatz zu schaffen sein wird.			
* Aus Anlaß der Reichstagswahl hat der Reichs-kanzler angeordnet, daß die Zahl der in den eingelten Wahlkreisen Wahlberechtigten nach den vier Confessions-klassen: Evangelische, Katholische, Juden und Dissidenten, ermittelt werde. Die Ortsbehörden u. s. w. haben daher nach den zufolge des § 9 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 im Besitz der Gemeindebehörden befürdlichen Hauptexemplaren der Wählerliste Zahl und Religion der Wahlberechtigten in möglichst einfacher Weise zu ermitteln.			
* Die Aschbrücke am Bahnhof wird morgen wegen Reparatur gesperrt.			
* Verkauft wurden die Grundstücke 1) Katharinenkirche Nr. 13/14 von dem Färber Hall an den Fabrikarbeiter Wolentowksi für 8700 Rp ; 2) am Langen Markt Nr. 22 von dem Kaufmann Lebeus an den Bauunternehmer Fröhlich für 14,250 Rp ; 3) Langeführ Nr. 23 von dem Gaffwirth Gepelt an die Wittwe Litz für 12,500 Rp ; 4) Tobiasgasse Nr. 25 von dem Restauratoren Papin an den Korbmacher M. R. Sachs für 2965 Rp ; 5) Schloßgasse Nr. 4 von dem Maurer Feldner an Fräul. Kalander für 2175 Rp ; 6) Heilige Geistgasse Nr. 106 von den Karow'schen Erben an den Papierhändler Fr. Hempel für 8500 Rp ; 7) Junfergasse Nr. 2 von dem Eigentümer C. G. Biehn an den Kaufmann Louis Lichtenfeld für 2000 Rp ; 8) Langgasse Nr. 57 von den Erben des Kaufmanns Haase an den Kaufmann H. Ed. Axt für 22,000 Rp ; 9) Schwarzes Meer Nr. 9 von dem Fuhrmann Boldt an den Pferdehändler Eug. Bötzneuer für 2400 Rp ; 10) Tobiasgasse Nr. 6 von den Fleischermeistern Eder und Schulz an den Pfandleihen Ewald für 4850 Rp ; 11) Mattenbuden Nr. 27 von dem Rentier Franz Schröder an den Bauunternehmer H. J. Krause für 2600 Rp .			
* [Schwurgerichts-Sitzung am 15. Jan.] In dem Schanklokal „Goldner Adler“ zu Sopot waren am Sylvesterabend 1872 die Zimmerleute Edward Händel und Gustav Dietrich, nachdem sie sich angezutrunken hatten, mit einander in Streit gerathen. Dietrich wurde dabei von seinem Gegner in Boden geworfen, ob in Folge eines Stoßes, den ihm letzter vorher verfertigte, wie mehrere Zeugen behaupten oder im Ringkampfe, indem beide sich gepackt hatten und Händel auf Dietrich hinauffiel, wie der Gastwirt Wyll behauptet, ist zweifelhaft. Dagegen ist festgestellt, daß Dietrich mit dem Hinterhaupt auf den gesellten Fußboden des Zimmers schwer auffschlug, so daß Dietrich sofort regungslos liegen blieb und Händel den am Boden Liegenden nunmehr noch in der Weise mißhandelte, daß er den Kinnbart desselben erfassend, den Kopf 6-8" erhob und 3 oder 4 Mal mit Gewalt gegen den Zimmereboden niederstieß. Nachdem Händel aus dem Local entfernt wurden, versuchte man den wie tot da-liegenden Dietrich aufzurichten; anfänglich gelang dies nicht, er fiel mehrmals zurück, und erst nach einiger Zeit konnte er sich auf den Füßen halten und auf eine Bank am Ofen geführt werden, wo er sich niederließ. An seinem Kopfe bemerkte man Beulen, der Blick war etwas starr, seine Nede jedoch ganz vernünftig; noch mehr Getränk zu sich zu nehmen weigerte er sich. Nach etwa $\frac{1}{4}$ Stunde begab er sich aus freiem Autriebe auf den Weg nach Hause, wurde jedoch sehr bald darauf vor der Thür des Gastlokals auf den Straße liegend gefunden, außer Stande, sich selbst weiter zu helfen. Mit Unterstützung einiger anderer Männer, die ihn mehr tragen als leiten mußten, langte er gegen Mitternacht zu Hause an. Am folgenden Vormittage ging er noch in das qu. Gastlokal, um sich seine Witze, die er am vorigen Abend dort vergessen hatte, zu holen; nach diesem Gange stellte sich aber ein Fieberfrost ein, es folgte Delirium, Krämpfe ic. und am 2. Januar, circa 48 Stunden nach den erlittenen Verlebungen, starb er. Auf Grund des Sectionsbefundes gaben die Gerichtsärzte ihr vorläufiges Gutachten dahin ab: daß der Tod des Dietrich erfolgt sei an Gehirndruck, daß dieser Gehirndruck eine Folge der bei der Section in der Schädelhöhle vorgefundenen Blutunstritte gewesen sei und daß diese unmittelbare Folgen einer am Scheitelbein vorgefundenen Spalte und einer auf der Schädelgrundfläche wahrgenommenen Auseinandersetzung der Lamdanähte gewesen seien. In einem motivirten Gutachten erklärte sodann der eine Gerichtsarzt, Kreisphysikus Dr. Sternberg: daß die wahrgenommenen Schädelverletzungen nur durch die dem Dietrich von Händel zugefügten Stöße des Hinterhauptes auf den Fußboden und nicht durch das Hinsinken entstanden sein könnten und daß das Hinsinken des Dietrich im Zimmer keinen Einfluß auf Entwicklung, Verlauf und Ausgang seiner Krankheit gehabt habe. — Der zweite Gerichtsarzt Dr. Oppermann hat in einem Separatgutachten behauptet, daß die Schädelverletzungen durch den ersten Fall in der Stube und durch die dem Dietrich von Händel zugefügten Stöße des Hinterhauptes auf den Fußboden, verursacht seien. In dem Audienztermin am 20. October v. J. erklärte aber schon Dr. Sternberg und hente wiederholte er es, daß es im Allgemeinen als möglich anzunehmen sei, daß durch ein Hinsinken mit dem Hinterkopfe auf den Fußboden eine tödtliche Fissur entstehen könne. Wegen des Widerspruchs ist das Superarbitrium des K. Medicinalcollegiums in Königsberg erfordert worden, welches zum heutigen Termine den Med.-Nath Dr. Neumann hergesandt hatte. Derjelbe gab das Gutachten des Erstern dahin ab: daß die beiden Dietrich vorgefundenen Schädelverletzungen nicht notwendig durch die demselben von Händel zugefügten Stöße entstanden sind, daß dieselben vielmehr in ihrer Gesamtheit oder theilweise auch durch den Fall in der Stube hervorgerufen sein können. — Die Geschworenen erachteten den Händel schuldig der vorsätzlichen Misshandlung des Dietrich dadurch, daß er den Kopf derselben wiederholt auf den Fußboden stachte, sie nahmen aber nicht an, daß durch diese Misshandlung der Tod des Dietrich herbeigeführt worden ist. Außerdem nahmen sie das Vorhandensein mildernder Umstände an. Der Gerichtshof bestrafte			

Altshottländer Synagoge.
Sonnabend, den 17. Mts. Vormittags
10 Uhr Predigt. (4593)
Heute Morgen 2 Uhr wurde meine liebe
Frau Anna geb. Czerwinstka,
von einem muntern Mädchen glücklich ent-
bunden.

Neustadt, den 15. Januar 1874
G. Masurke.

Mathilde Lewy,
Hermann Herzberg,
Berlins.
Kalle. Gr. Trampken.

Bekanntmachung.

Viehmarkt
in Briesen Westpreußen.
Am Dienstag, den 3. Februar er. findet
hier ein Vieh- und Pferde-Markt statt.
Außerdem findet an jedem Dienstag Wo-
chennmarkt statt.

Briesen, den 14. Januar 1874.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist zufolge Ver-
fügung vom 9. d. Mts. bei No. 109 Carl
Bouwens, Col. Bemerkungen heute ein-
getragen:

die Firma ist erloschen.
Lauenburg i. Pomm., 10. Januar 1874.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Unterzeichnete beabsichtigt von Ostern ab
Pensionäre, und zwar junge Mädchen,
aufzunehmen, die in Danzig die Schule be-
suchen. Sollten mir Eltern ihre Kinder
übergeben wollen, so möchte ich ergebenst um
huldige Annahme bitten, da ich mich in
Betreff der Wahl einer Wohnung darnach
richten möchte. Nächste Auskunft über mich
und meine Verhältnisse sind die H.H. Com-
merzienrat Gibson, Hundegasse 95, und
Prediger Berling, Franengasse, und Haupt-
mann Karpowicz, Laßadie 13, zu ertheilen
bereit, und will ich sehr gerne münd-
lich und schriftlich das Nähere besprechen.
Marie Bielle geb. Braun,
Neufahrwasser, Schleusenstraße 6.

Avis!

Die Eröffnung meines neuen Restau-
rants Junkergasse No. 3, genannt die
Dominikaner-Halle, am Sonnabend, den
17. dieses Monats, verbunden mit einer
guten warmen Küche zu soliden Preisen und
ausständiger Bedienung erlaube ich mir dem
geehrten Publikum, sowie meinen werten
Freunden und Bekannten ganz ergebenst
anzuseigen.

Hermann Thiel,
Dominikaner-Halle.


**Masken-
Costüme**
für Gesellschaf-
ten u. Vereine
versende prompt nach außerhalb. Preise
billigst. Bestellungen zeitig erbeten.

Louis Willdorff,
4595 Biegengasse 5.

Einige Ctr. türk. Pflaumen
habe noch abzulassen. (4597)

Beno v. Wietci, Holzmarkt 2.

Große

geräucherte Maränen,
heute Abend frisch aus dem Rauch empfiehlt
Allegander Heilmann, Scheibenritterg. 9.

Fetten Räucherlachs

in halben Fischen und einzelnen Pfunden,
Delicate frisch geräucherte

Spickale, Spickgänse und

Reulen,

sehr große geräucherte Weichselnungen in
1/4 u. 1/2 Schokfischen, verpackt auch süd-
westlich empfiehlt und versendet bei billigster
Preissberechnung

Allegander Heilmann, Scheibenritterg. 9.

Eisenbahnschienen

zu Bauzwecken offeriert in allen Län-
gen und liefert franco Baustelle

W. D. Loeschmann,
Kohlenmarkt 6.

**Schwed. Jagd-Stiefel-
Schmiere.**

Dieselbe macht jedes Leben weich,
geschmeidig und wasserdicht, dient
aber bei gegenwärtiger Witterung
ganz besonders Bequemlichkeit zu dienen.
Stets vorrätig in Büchsen à 5 u.
10 g. und in Steinöpfen à 2 1/2 g.
bei **Richard Lenz,**

Brodäufeng. 48,
vis-à-vis der Großen Krämergasse.

Engl. Regenschirme,
Engl. Gummischuhe
empfängt
Julius Konicki.

Strohhüte zur Wäsche
befördert
nach Berlin und Frankfurt a. M.
Maria Wetzel.

Dritte Soirée für Kammermusik und Gesang
unter gefälliger Mitwirkung der Königl. Hof-Opern-Sängerin Fräulein Marianne
Brandt, des Opernsängers Herrn Glomme, der Herren E. Cohn u. R. Kümmeler,
Sonnabend, den 17. Januar, Abends 7 Uhr,
im Apollo-Saal des Hotel du Nord.

Billets à 20 Sgr. und 15 Sgr. sind in der Musikalienhandlung des Herrn F.

A. Weber, Langgasse, zu haben.

F. W. Markull. Fr. Laade. J. Marckel. (4583)

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".

Hamburg. (3267)

Ausdruck wegen Fracht und Passage ertheilt:

Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4.

General-Agenten in New-York: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.

Briefe addressirte man: "Adler-Linie", Hamburg. Telegramme "Transatlantic".